

Diskussionspapier zum Symposium zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bern, 13. November 2018

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Politik der frühen Kindheit

Einer guten und bedarfsgerechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf kombiniert mit einer Politik der frühen Kindheit kommt sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus gesellschaftlicher Sicht ein hoher Stellenwert zu. Investitionen in Massnahmen der beiden Bereiche tragen massgeblich zur Erhöhung der Wohlfahrt in kurzer und mittlerer Frist bei und erweisen sich somit als ausserordentlich ertragreich.

Positive Effekte von familienergänzenden Betreuungsangeboten

Ein qualitativ gutes, ausreichendes und preislich attraktives Angebot an Kindertagesstätten und Tageschulen für Kinder im Vorschul- und Schulalter ist eine zentrale Voraussetzung sowohl für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch für eine erfolgreiche Politik der frühen Kindheit. Der Aufbau von Drittbetreuungsangeboten für Kinder im Vorschul- und Schulalter erweist sich dank vielen positiven Mithahmeeffekten als volkswirtschaftlich hoch rentabel. Fehlen sie, bleiben oft berufliche Karriereperspektiven von Müttern auf der Strecke. Von den Angeboten profitieren insbesondere

- **Mütter**, durch eine höhere Arbeitsmarktpartizipation während den Betreuungsjahren und dementsprechend kürzeren Erwerbsunterbrüchen. Dies führt zu einer höheren Bildungsrendite, besseren Karrierechancen und somit höheren Einkommen (kleinere Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen). Ebenso kann dadurch der Engpass an Frauen zur Besetzung von Führungspositionen entschärft werden;
- **Kinder**, durch eine qualitativ hochstehende Betreuung und Bildung, was langfristig eine positive Bildungsrendite zur Folge hat. Zudem erhöhen diese Investitionen die Chancengleichheit zwischen Kindern aus bildungsfernen und -nahen Schichten;
- **die Wirtschaft**, durch ein höheres Fachkräfteangebot im Inland sowie durch eine höhere Standortattraktivität beim Anwerben von qualifiziertem Personal. Bleiben wichtige Stellen für Fachkräfte unbesetzt, äussert sich dies auch in einem tieferen Bruttoinlandprodukt. Ebenso lassen sich durch die höhere Standortattraktivität Unternehmen im Land nieder, die Arbeitsplätze schaffen und Steuersubstrat für den Staat generieren.
- **die Gesellschaft** als Ganzes, durch eine Erhöhung der Wohlfahrt unter anderem dank kurz- und mittelfristig tieferen staatlichen Transferleistungen für Kinder und Mütter. Es erhöhen sich insbesondere Bildungs- und Karrierechancen von Kindern aus bildungsfernen Familien, sofern sie früh in ihrer Entwicklung gefördert werden. Damit lässt sich die generationenübergreifende Vererbung von Armut bekämpfen;
- **der Staat** durch höhere Steuereinnahmen von Unternehmen und von überdurchschnittlich gut ausgebildeten und in höheren Pensen erwerbstätigen Eltern.

Die Schaffung der Rahmenbedingungen liegt in der Kompetenz des Staates. Die öffentliche Hand fördert deshalb die Bereitstellung eines qualitativ guten und preislich attraktiven Drittbetreuungsangebots. Staatlich zur Verfügung gestellte Mittel sollen insbesondere sicherstellen, dass der Arbeitsanreiz für Mütter nicht durch zu hohe Drittbetreuungskosten gesenkt wird.

Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen tragen bereits heute durch freiwillige und den jeweiligen betrieblichen Möglichkeiten angepasste Massnahmen wie flexible Arbeitszeiten und -orte, Teilzeitstellen, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation oder Unterstützung bei der Kinderbetreuung zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Um die nach wie vor bestehenden Hürden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Berufsalltag abzubauen, bieten sie auch zukünftig Hand im Rahmen der betrieblichen Gegebenheiten den Bedürfnissen der Eltern im Arbeitsmarkt verstärkt Rechnung zu tragen.

Das Kind profitiert am meisten von einer Politik der frühen Kindheit

Neben der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Politik der frühen Kindheit zuallererst dem Wohl des Kindes und dessen bestmöglicher Entwicklung verschrieben, sie kommt jedoch auch den Eltern zugute. Darüber hinaus sind gesamtgesellschaftliche Anliegen wie die soziale Kohäsion und Integration sowie die Entwicklung von sozial verantwortungsbewussten Bürgern zentral, aber auch der Nutzen für die Wirtschaft ist nachweislich hoch. Eine umfassende Politik der frühen Kindheit setzt in den Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereichen an und beinhaltet neben der Drittbetreuung auch familienbezogene Angebote.

Folgende Ziele werden durch verbesserte Rahmenbedingungen in der Schweiz für qualitativ hochstehende Angebote der frühen Kindheit erreicht:

- Eine altersgerechte Förderung und Betreuung von Kleinkindern, die es ihnen ermöglicht, ihr Potential ab Geburt zu entfalten. Dadurch kann eine höhere Chancengleichheit beim Eintritt in die Schule erreicht werden.
- Eine hohe Bildungsrendite durch zusätzliche finanzielle Mittel des Staates und Privater zu Gunsten der Qualität von Angeboten der frühen Kindheit.
- Die Sicherstellung der Betreuung von Kindern zwischen 0 und 4 Jahren durch kompetentes, qualifiziertes und geschultes Personal.
- Die soziale Integration von Kindern in die Gesellschaft unter anderem mit der Verbesserung des Sprachverständnisses für die Muttersprache und die verschiedenen Landessprachen der Schweiz.

Heutiges Symposium als Auftakt eines längerfristigen Prozesses

Die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft unterstreichen mit dem Symposium den Willen, Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einer umfassenden Politik der frühen Kindheit in die Wege zu leiten. Die Akteure machen zudem die breite Öffentlichkeit sowie Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die hohe Relevanz und Dringlichkeit dieses Themas aufmerksam. Dabei unterstützt der SAV den politischen Prozess und sensibilisiert seine Mitgliederorganisationen weiterhin für den grossen Nutzen einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Bündelung der Kräfte verfolgt weiter den Zweck, mit den relevanten Personen und Organisationen breit abgestützte Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen. Somit dient das Symposium als Auftakt eines längerfristigen Prozesses, aus dem ein Dialog zwischen den zuständigen Stellen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft resultieren soll.

Für die Teilnehmenden

Matthias Aeischer, Nationalrat, SP/BE

Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin, CVP/FR

Irène Kälin, Nationalrätin, GP/AG

Monika Knill, Regierungsrätin SVP/TG

Sarah Pearson Perret, GLP/NE

Rosmarie Quadranti, Nationalrätin, BDP/ZH

Silvia Steiner, Regierungsrätin des Kantons Zürich und Präsidentin der EDK

Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands

Laurent Wehrli, Nationalrat, FDP/VD, Vorstandsmitglied Schweizerischer Städteverband